

Messlatte Mindestlohn

Aus Sicht der Gewerkschaften ist der Handlungsauftrag für die neue Bundesregierung unter der Führung von Angela Merkel eindeutig: Eine neue Ordnung der Arbeit muss her. Erste Messlatte für einen Politikwechsel hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit ist die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns.

Wahl-Bewertungen. „Die künftige Regierung muss umsteuern hin zu einer sozial gerechten Politik“, stellt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack klar. Die FDP wurde abgestraft. Das zeige, dass „der neoliberale Zeitgeist kaum noch Freunde hat“, sagt Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall. Die zentrale Botschaft der Wahl laute: „Es gibt kein ‚Weiter so‘ der neoliberalen Verweigerung bei der Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen.“ Der Auftrag an die neue Bundesregierung sei eindeutig: „Ja zum gesetzlichen Mindestlohn, nein zum Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen, mehr Mitbestimmung, Möglichkeiten, flexibel aus dem Arbeitsleben aussteigen zu können – und zwar bei einem stabilen Rentenniveau.“ Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske fordert: „Nach diesem Wahlkampf muss jetzt ernst gemacht werden mit dem gesetzlichen Mindestlohn, der erleichterten Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen, mit einer Pflegeper-

sonalverordnung und mit Regeln, wie die Versorgungssicherheit bei der Energiewende gewährleistet wird.“

Der DGB fordert seit langem eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Auch die WählerInnen haben mit der Abwahl von Schwarz-Gelb ihre Unzufriedenheit deutlich gemacht. Nach dem Scheitern der FDP sei „der Weg frei für eine Regierung, die eindeutig den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft verpflichtet ist und diese auch im politischen Handeln umsetzt“, erklärt der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis. „Die CDU/CSU kann und muss nun liefern.“ Die neue Bundesregierung müsse den Interessen der ArbeitnehmerInnen einen hohen Stellenwert einräumen, erklärt der IG BAU-Vorsitzende Robert Feiger. Die Inhalte zählten, nicht die Konstellation. Berthold Huber betont, dass die Gewerkschaften nicht für bestimmte Parteien und Koalitionen werben, sondern „für praktische Lösungen im Sinne der Beschäftigten“. • Mehr auf Seite 3

• INHALT

- 2 Analyse**
Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern
- 5 Sozial gerecht**
Erwartungen an die neue Bundesregierung
- 7 Finanzkrise**
Versprechen ohne Wirkung

Alle in einem Boot

Video. Nach der Bundestags- ist vor der Europawahl. Um was es im Mai 2014 geht, zeigt das Video „MS Europa – Wir sitzen alle in einem Boot“. Ein spanischer Bauarbeiter, eine spanische Journalistin und eine griechische Sekretärin erzählen, wie dramatisch sich die Finanzkrise auf ihr Leben auswirkt. •

GewerkschafterInnen: SPD vor Union

Zweitstimmen bei der Bundestagswahl vom 22. September 2013 (in Prozent)

■ CDU/CSU ■ SPD ■ Linke ■ Grüne ■ FDP ■ AfD ■ Andere

Alle WählerInnen:



Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Bundestagswahl 2013 / Bundeswahlleiter

Gewerkschaftsmitglieder*:



* Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z.B. Beamtenbund)

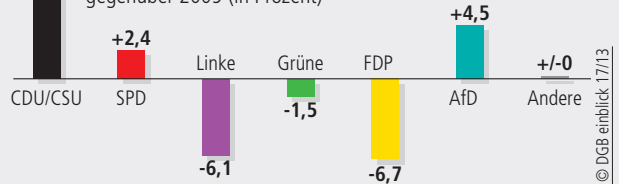
Quelle: Wahltagbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, im Auftrag von einblick

© DGB einblick 17/13

Die SPD hat bei den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen ihren „ersten Platz“ behauptet. Insgesamt votierten die Gewerkschaftsmitglieder entsprechend des Gesamttrends – die beiden großen Parteien gewinnen, die kleinen Parteien müssen Verluste hinnehmen.

GewerkschafterInnen: Hohe Gewinne für CDU/CSU, große Verluste für FDP und Linke

Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern* – Veränderungen gegenüber 2009 (in Prozent)



* Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z.B. Beamtenbund)

Quelle: Wahltagbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, im Auftrag von einblick

© DGB einblick 17/13

Mit einem Plus von 7,4 Prozentpunkten können CDU und CSU auch unter den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen überproportional zulegen. Besonders hoch sind die Verluste für die FDP und Die Linke.

• PLUS/MINUS

+ Angelika Graf (SPD) fordert – angesichts des Alters der Betroffenen – dringende Rehabilitierungsmaßnahmen für nach 1945 verfolgte homosexuelle Männer. „Der Paragraph 175 StGB war von Anfang an verfassungswidrig.“ Ihre Verfolgung sei menschenrechtswidrig gewesen.

– Norbert Geis (CSU) geht davon aus, dass die Schaffung von Kita-Plätzen für 40 Prozent der Zwei- und Dreijährigen ausreicht, da „60 Prozent der Eltern ihre Kinder eben nicht in die Kita geben, weil sie sie lieber daheim oder anderweitig erziehen wollen“.

• IM NETZ

www.bit.ly/MSEuropa

Das Europa-Video des DGB zeigt: Die Krise ist nicht nur ein Problem der Beschäftigten in Südeuropa. Den Film gibt es nicht nur im Netz, sondern auch als DVD (Kosten: 3 Euro + Versand). Zu beziehen über: www.dgb-bestellservice.de

So haben GewerkschafterInnen gewählt

Im Rahmen ihrer Wahltagbefragung hat die Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen in einer Teilerhebung auch das Wahlverhalten nach Berufsgruppen oder Gewerkschaftszugehörigkeit abgefragt. Insgesamt wurden 23 054 WählerInnen dazu interviewt. Knapp 13 Prozent von ihnen gehören Arbeitnehmerorganisationen an, dazu gehört neben den DGB-Gewerkschaften zum Beispiel auch der Beamtenbund.

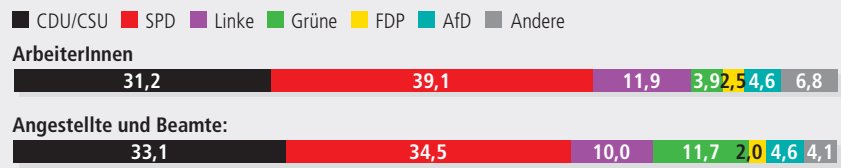
Analyse. Der Trend seit der Agenda 2010, dass die SPD bei den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen an Boden verliert, hat sich nicht fortgesetzt. 2013 entschieden sich zum Beispiel 39,1 Prozent der gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen für die SPD – ein Plus von fünf Prozent gegenüber 2009 (34,1 %). Dank ihrer – wenn auch geringen – Zuwächse bleibt die SPD in allen **Berufsgruppen** bei den Gewerkschaftsmitgliedern vorn.

Bei den Gewerkschaftsfrauen hingegen hat 2013 die Union am besten abgeschnitten. Bis 2005 waren sie eine feste Bank für Rot-Grün, beim Vergleich des Wahlverhaltens nach **Geschlecht** war die Zustimmung der Gewerkschafterinnen für SPD und Grüne regelmäßig signifikant höher als bei ihren männlichen Kollegen. Das lässt sich 2013 nicht mehr feststellen.

Auch bei den **Altersgruppen** der 18- bis 29-Jährigen und der 30- bis 44-Jährigen liegen CDU und CSU vor der SPD. Punkten kann die SPD bei den Älteren. Das gilt auch für Die Linke. Dagegen sinkt die Attraktivität der Alternative für Deutschland (AfD) im Alter, und die über 60-jährigen GewerkschafterInnen können auch mit den Grünen wenig anfangen.

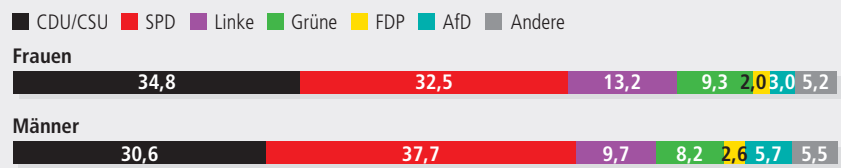
SPD in allen Berufsgruppen vorn

Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern* bei der Bundestagswahl 2013 nach Berufsgruppen (in Prozent)



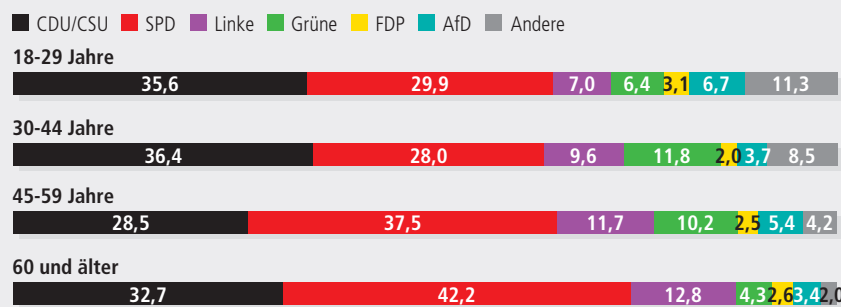
Merkel punktet bei Gewerkschaftsfrauen

Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern* bei der Bundestagswahl 2013 nach Geschlecht (in Prozent)



Unter 45-Jährige bevorzugen Union

Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern* bei der Bundestagswahl 2013 nach Altersgruppen (in Prozent)



*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z.B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, im Auftrag von einblick

Gewinnerinnen

Frauenanteil. Im neuen Bundestag sitzen mehr Frauen als bisher: In allen Parteien ist der Anteil weiblicher Abgeordneter gestiegen. Den Spitzenplatz hat Die Linke. Sie liegt mit 57,8 Prozent Frauenanteil jetzt vor Bündnis 90/

Die Grünen mit 55,6 Prozent. Die SPD steigerte ihren Frauenanteil von 38,4 auf 41,6 Prozent. In der CDU-Fraktion gab es einen leichten Anstieg von 21,6 auf 24,7 Prozent. Die CSU hat rund zehn Prozent mehr Frauen in ihrer

Fraktion als zuvor, bildet aber dennoch mit nur 23,2 Prozent das Schlusslicht. Der neue Bundestag hat insgesamt einen Frauenanteil von 36,2 Prozent. In der letzten Legislaturperiode waren es 32,8 Prozent.

IM NETZ

www.bundestag.de

Ob Bundestagsnovize oder erfahrene Abgeordnete: Alle Mitglieder des 18. Deutschen Bundestags werden samt Biografie auf der Internetseite des Parlaments vorgestellt. Eine App macht es möglich, sich auch unterwegs zu informieren.

Im neuen Bundestag

einblick stellt die wieder- oder neu gewählten Parlamentarier vor, die vor ihrer Abgeordnetentätigkeit

Ulrike Bahr, Personalrätin, ehrenamtliche GEW-Kreisvorsitzende und Vorstandsmitglied DGB-Region Augsburg, SPD, eingezogen über Landesliste Bayern. Als Direktkandidatin im Wahlkreis (WK) erreichte Erststimmen 25,1 %
Heinz-Joachim Barchmann, ehem. DGB-Regionvorsitzender Süd-Ost-Niedersachsen, SPD, eingezogen über Landesliste Niedersachsen (WK 38,7 %)

Doris Barnett, ehem. ÖTV- und DGB-Rechtsschutzsekretärin, SPD, Landesliste Rheinland-Pfalz (WK 35,6 %)
Klaus Barthel, ehem. ÖTV-Gewerkschaftssekretär, SPD, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA), Landesliste Bayern (WK 17,6 %)
Herbert Behrens, ehem. Gewerkschaftssekretär im Fachbereich Medien, Kunst und Industrie bei ver.di

Bremen, Die Linke, Landesliste Niedersachsen (WK 5,0 %)
Karin Binder, ehem. Gewerkschaftssekretärin bei Handel-Banken-Versicherungen (jetzt ver.di), ehem. DGB-Regionvorsitzende Mittelbaden, Die Linke, Landesliste Baden-Württemberg (WK 4,9 %)
Willi Brase, bis 2012 DGB-Regionvorsitzender Südwestfalen, SPD, Landesliste Nordrhein-Westfalen (WK 36,5 %)

Eva Bulling-Schröter, ehemalige Betriebsrätin und aktiv bei der IG BAU, Die Linke, Landesliste Bayern (3,9 %)
Martin Burkert, EVG-Vorstandsmitglied, SPD, Landesliste Bayern (WK 32,3 %)
Klaus Ernst, ehem. 1. Bevollmächtigter IG Metall Schweinfurt, Die Linke, Landesliste Bayern (WK 5,4 %)
Ulrich Freese, stellv. IG BCE-Vorsitzender, SPD, Landesliste Brandenburg (WK 23,9 %)

Von der Symbolpolitik verabschieden

Vieles ist in den letzten Jahren in der Politik aus dem Ruder gelaufen. Nicht nur in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Statt Symbolpolitik erwarten die Gewerkschaften konkrete Maßnahmen im Sinne der ArbeitnehmerInnen.

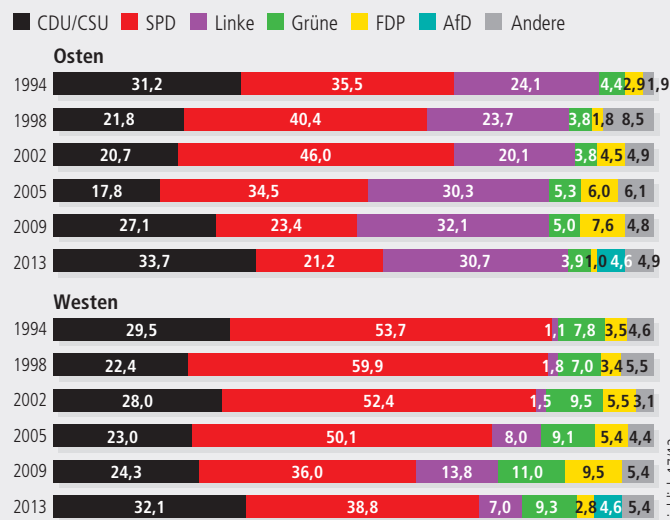
Wahl-Bewertungen. „Auch wenn die Wahlbeteiligung leicht auf 72 Prozent gestiegen ist, ist es sehr beunruhigend, dass die Symbolpolitik im Wahlkampf jeden vierten Wahlberechtigten nicht erreicht hat“, erklärt der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg. Genauso beunruhigend sei, „dass eine europafeindliche Partei aus dem Stand fast den Einzug in den Bundestag geschafft hätte“, so Möllenberg. Sein Appell an die neue und alte Bundeskanzlerin: „Die FDP-Bremser sind weg, jetzt muss Merkel liefern.“

„Die Union, die nur in einer Koalition regierungsfähig ist, muss ihre Positionen nicht nur in der Verkehrspolitik überdenken“, fordert der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner. Die EVG setzt darauf, dass dabei die Chancen, die der umweltfreundliche Verkehrsträger Schiene bietet, neu bewertet werden. Für Jörg Radek, stellvertretender GdP-Vorsitzender, ist entscheidend, dass das künftige Kabinett die Chance neu ergreift, „den festgefahrenen Karren im Streit um wirksamere Methoden zur Gewährleistung der inneren Sicherheit in Deutschland wieder in Schwung zu bringen“. Parteipolitische Grabenkämpfe dürften nicht auf dem Rücken der BürgerInnen und der PolizistInnen ausgetragen werden.

Mehr Geld für Bildung fordert die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe. „Wir erwarten nach den erfolglosen Gipfeln der Vergangenheit ernsthafte und greifbare Fortschritte bei der Bildungsfinanzierung“ – etwa durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Außerdem müsse das Kooperationsverbot aufgehoben werden:

GewerkschafterInnen: Union gewinnt in Ost wie West, SPD nur im Westen

Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern* bei den Bundestagswahlen von 1994 bis 2013 in Ost- und Westdeutschland (in Prozent)



* Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, im Auftrag von einblick

Die Unterschiede im Wahlverhalten der Menschen in Ost- und Westdeutschland sind nach wie vor groß. Das gilt auch für die gewerkschaftlich organisierten WählerInnen. Während im Westen die SPD vor CDU/CSU liegt und alle anderen Parteien eine untergeordnete Rolle spielen, hat die CDU im Osten 2013 die Linke überflügelt. Die SPD folgt mit deutlichem Abstand auf dem dritten Rang.

„Eine Beteiligung des Bundes am qualitativen Ausbau des Bildungswesens ist unerlässlich.“

Der IG BAU-Vorsitzende Robert Feiger erwartet von der neuen Bundesregierung konkrete Maßnahmen, die körperlich hart arbeitenden Menschen flexible, finanziell abgesicherte Übergänge in den Ruhestand ermöglichen. Zudem fordert der IG BAU-Vorsitzende mehr Kontrolle, damit Mindestbedingungen in der Arbeitswelt auch eingehalten werden. „Es ist ein Skandal, dass beispielsweise rund 600 Planstellen in der Finanzkontrolle Schwarzarbeit nicht besetzt sind.“ ●

● NACHGEFRAGT

Klaus Wiese, bis Mitte September Vorsitzender der IG BAU, war im Kompetenzteam des SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zuständig. Einblick fragte ihn nach seiner Bewertung des Wahlergebnisses.

„Natürlich bin ich enttäuscht. Ich hatte erwartet, dass die Wählerinnen und Wähler die Unterschiede in den Programmen der beiden großen Parteien erkennen, etwa beim Thema Mindestlohn. Über 80 Prozent der Deutschen wollen einen gesetzlichen Mindestlohn, und dennoch haben sie in der Mehrheit eine Partei gewählt, die nicht dafür steht. Es reicht auch nicht, dass die FDP, deren Markenzeichen neoliberale Politik ist, aus dem Bundestag herausgewählt wurde.“

Jetzt wird in der SPD über eine mögliche Koalition mit der Union debattiert. Wir dürfen uns diesen Gesprächen nicht verweigern. Demokratie heißt auch, ein schlechtes Ergebnis zu akzeptieren. Aber wir dürfen unser Wahlziel, einen Politikwechsel herbeizuführen, nicht aufgeben. Die Inhalte zählen. Ein Regierungswechsel ohne gesetzlichen Mindestlohn, ohne mehr Mitbestimmung bei Leiharbeit und Werkverträgen, ohne die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung und ohne eine Trendwende bei der Rente ist zu wenig.“ ●

gewerkschaftspolitisch aktiv waren – oder noch sind (in alphabetischer Reihenfolge):

Michael Gerdes, ehem. freigestellter Betriebsrat im Bergwerk Prosper-Haniel, Vorstandsmitglied der IG BCE Batenbrock, SPD, direkt gewählt im Wahlkreis Bottrop-Recklinghausen III mit 45,8 %

Ulrich Hampel, IG BCE-Bezirksleiter Münster-Bielefeld, SPD, Landesliste Nordrhein-Westfalen (WK 26,8 %)

Inge Höger, ehem. Mitglied des ver.di-Landesfachbereichsvorstand Sozialversicherung in NRW und Mit-

glied der ver.di-Bundestarifkommission und Tarifverhandlungskommission für die AOK, ehem. Vorsitzende des DGB-Frauenausschusses, Die Linke, Landesliste Nordrhein-Westfalen (WK 5,4 %)

Josip Juratovic, freigestellter Betriebsrat bei Audi, Vertrauensperson des IG-Metall-Bundesvorstandes für die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens, IG-Metall,

SPD, Landesliste Baden-Württemberg (WK 27,1 %)

Gabriele Katzmarek, IG BCE-Bezirksleiterin Rhein-Main, SPD, Landesliste Baden-Württemberg (WK 23,0 %)

Marina Kermer, ehem. Gewerkschaftssekretärin, zuletzt bei der IG BCE, SPD, Landesliste Sachsen-Anhalt (WK 17,6 %)

Cansel Kiziltepe, ehem. freie Mitarbeiterin beim DGB, Abteilung Wirtschaftspolitik, SPD, Landesliste

Berlin (WK 18,0 %)

Daniela Kolbe, ehem. Jugendbildungsreferentin Arbeit und Leben Sachsen, SPD, Landesliste Sachsen (WK 21,6 %)

Jutta Krellmann, Gewerkschaftssekretärin der IG Metall in Hameln, Die Linke, Landesliste Niedersachsen (WK 4,6 %)

weiter auf Seite 4

Bayern: Keine absolute CSU-Mehrheit unter den GewerkschafterInnen

Stimmenanteile bei der Landtagswahl in Bayern vom 15. September 2013 (in Prozent)

■ CSU ■ SPD ■ Freie Wähler (FW) ■ Grüne ■ FDP ■ Andere

Alle WählerInnen:



Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2013 / Landeswahlleiter Bayern

Gewerkschaftsmitglieder*:



* Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

© DGB einblick 17/13

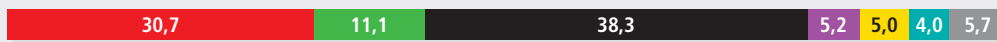
Gewerkschaftsmitglieder im Trend: Bei der bayrischen Landtagswahl konnten die beiden großen Volksparteien auch unter den GewerkschafterInnen verlorenes Terrain zurückgewinnen und ihre Stimmenanteile ausbauen. Die CSU holte vier Prozentpunkte mehr als 2008, die SPD zwei. Der wieder gewählte Ministerpräsident Horst Seehofer, sei jetzt gefordert, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu verbessern, sagt der DGB-Bezirksvorsitzende Michael Jena. „Der Bremsklotz FDP ist weg, jetzt setzen wir darauf, dass Horst Seehofer das soziale ‚S‘ in der CSU stärkt.“

Hessen: GewerkschafterInnen für Rot-Grün

Stimmenanteile bei der Landtagswahl in Hessen vom 22. September 2013 (in Prozent)

■ SPD ■ Grüne ■ CDU ■ Linke ■ FDP ■ AfD ■ Andere

Alle WählerInnen:



Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2013 / Landeswahlleiter Bayern

Gewerkschaftsmitglieder*:



* Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

© DGB einblick 17/13

Politikwechsel: Bei der Landtagswahl in Hessen haben die gewerkschaftlich organisierten WählerInnen mehrheitlich für Rot-Grün votiert. SPD und Grüne erreichten zusammen knapp 55 Prozent in dieser Wählergruppe. Gegenüber 2009 verbesserte sich die SPD um zehn Prozentpunkte. „Ganz gleich, wer am Ende eine Regierung bilden wird“, erwarte der DGB einen Politikwechsel hin zu einer sozial gerechten Politik, betont Stefan Körzell, Vorsitzender des DGB Hessen-Thüringen. Die Stärkung des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft und eine neue Ordnung der Arbeit stünden jetzt auf der Tagesordnung.

Kommunen sind Arbeit- und Auftraggeber und bieten den BürgerInnen soziale Dienstleistungen. Der **DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt** zeigt in der Broschüre „**Unterfinanziert und ausgelagert**“, wie die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen beendet werden kann. Damit die Kommunen ihre Aufgaben wahrnehmen können, müssten „hohe Einkommen, Vermögen und Unternehmensgewinne endlich angemessen besteuert werden“, so der DGB-Bezirksvorsitzende Hartmut Tölle.

www.niedersachsen.dgb.de/-/NrE

Der **DGB Baden-Württemberg** fordert von der Landesregierung den **Aufbau einer „kleinen Bürgerversicherung“**. Neu berufenen BeamtInnen solle der Weg in die gesetzliche Krankenversicherung geöffnet werden, um Pionierarbeit für ein solidarisches Gesundheitswesen zu leisten, fordert der Bezirksvorsitzende Nikolaus Landgraf. Die Kritik der FDP-Landtagsfraktion an der Bürgerversicherung sei „Lobbyistengeschrei“.

Unter den 20 bei Männern beliebtesten Berufen findet sich keiner aus den Bereichen Gesundheit, Pflege, Soziales und Bildung. Damit Jungen ab der 5. Klasse Gelegenheit haben, sich über Berufe in diesen Feldern zu informieren, laden der **DGB Nord** und die Vereinigung der Unternehmensverbände Mecklenburg-Vorpommern (MV) zum dritten **Jungstag MV** am 2. Oktober ein. Einen Tag lang lernen die Schüler verschiedene Ausbildungsberufe kennen und erfahren, welche fachlichen und persönlichen Voraussetzungen sie mitbringen müssen.

www.jungstag-mv.de

Missbrauch verhindern

Werkverträge. Der Bundesrat will auf Initiative der rot-grün geführten Länder klare Vorschriften gegen den Missbrauch von Werkverträgen und bessere Informations- und Mitbestimmungsrechte für den Betriebsrat qua Gesetz festschreiben. DGB-Vorstandsmitglied Annelie

Buntenbach hält die Vorlage „für ein wichtiges Signal“, um dem Lohndumping durch Werkverträge einen Riegel vorzuschieben. Sie erwartet, dass die neue Bundesregierung handelt: „Auch bei Werkverträgen muss das Prinzip, ‚Gleiche Arbeit – gleicher Lohn‘

gelten, eine betriebliche Zwei-Klassen-Gesellschaft kann nicht akzeptiert werden.“ Die rot-grüne Mehrheit der Länderkammer hatte die Gesetzesvorlage, die jetzt an die Bundesregierung geht, in ihrer letzten Sitzung vor der Bundestagswahl verabschiedet. ●

Anzeige

Fortsetzung von Seite 3

Uwe Lagosky, Konzernbetriebsratsvorsitzender BS|ENERGY, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Betriebsräte der VEOLIA Wasser GmbH, ver.di und CDA-Mitglied, CDU, Landesliste Niedersachsen (WK 37,0 %)

Sabine Leidig, ehem. DGB-Regionalsvorsitzende Mittelbaden, Die Linke, Landesliste Hessen (WK 5,7 %)

Steffen-Claudio Lemme, DGB-Gewerkschaftssekretär, ehem. stellv.

Bezirksvorsitzender des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen, SPD, Landesliste Thüringen (WK 17,1 %)

Ralph Lenkert, ehem. stellv. Betriebsratsvorsitzender SyproOptics (Jena), Die Linke, Landesliste Thüringen (WK 27,0 %)

Beate Müller-Gemmeke, Bundessprecherin GewerkschaftsGrün, ver.di, Bündnis 90/Die Grünen, Landesliste Baden-Württemberg (WK 12,4 %)

Markus Paschke, DGB-Gewerk-

schaftssekretär, ehem. Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall, SPD, Landesliste Niedersachsen (WK 31,2 %) **Stefan Rebmann**, DGB-Regionalsvorsitzender Nordbaden, SPD, Landesliste Baden-Württemberg (WK 32,4 %)

Andreas Rimkus, Betriebsrat der Stadtwerke Düsseldorf, ver.di, SPD, Landesliste NRW (35,0 %)

Hans-Joachim Schabedoth, bis 2009 Leiter der Abteilung Gesell-

schaftspolitik beim DGB-Bundestagsvorstand, Referent beim Vorstand der IG Metall, SPD, Landesliste Hessen (WK 28,1 %)

Michael Schlecht, ehem. Bereichsleiter Wirtschaftspolitik beim ver.di-Bundestagsvorstand, Die Linke, Landesliste Baden-Württemberg (WK 6,6 %)

Uwe Schummer, ehem. Mitglied des CDA-Bundestagsvorstands, IG Metall, CDU, direkt gewählt im Wahlkreis Viersen mit 53,0 %

Wir brauchen eine sozial gerechte Politik in Deutschland und in Europa

DGB und Gewerkschaften werden die neue Bundesregierung daran messen, welche Verbesserungen sie für die Beschäftigten durchsetzt. Das bekräftigt Elke Hannack, stellvertretende Vorsitzende von DGB und CDA.

Erwartungen. Diese Bundestagswahl kennt zwei Gewinner: Zum einen ist das Ergebnis ein persönlicher Erfolg von Angela Merkel. Wir gratulieren Frau Merkel zu ihrem Abschneiden. Andererseits waren angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen sowie eine gute Absicherung im Alter die wahlentscheidenden Themen. Das ist nicht zuletzt den Gewerkschaften zu verdanken. Damit ist klar: Die gewerkschaftlichen Themen stehen jetzt ganz oben auf der Tagesordnung – wir brauchen jetzt eine neue Ordnung der Arbeit.

Das Ergebnis ist ein klarer Handlungsauftrag an die Regierung unter Führung von Frau Merkel. Ein Durchwurschteln und ein ‚Weiter so‘ kann es nicht geben. Die künftige Regierung muss umsteuern hin zu einer

„Eine Politik gegen die Interessen der Menschen hat Konsequenzen.“

sozial gerechten Politik. Eine neue Ordnung der Arbeit, soziale Gerechtigkeit und die Stärkung des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft sind die Themen, die die Menschen bewegen. Die Zeiten von kalter, neoliberaler Politik müssen endgültig vorbei sein. Die Partei, die das Mantra marktradikaler Politik gesungen und soziale Regulierung konsequent verweigert hat, die FDP, hat für ihre Politik gegen die Interessen der Menschen die verdiente Quittung bekommen. Das ist auch ein klares Resultat dieser Wahl. Eine Politik gegen die Interessen der Menschen hat Konsequenzen.

Bereits im letzten Jahr haben die Gewerkschaften sich aufgestellt und gute Arbeit, sichere Renten, ein soziales Europa und einen aktiven Staat gefordert. Das ist unsere Marschroute auch für die Koalitionsverhandlungen.

■ Die Gewerkschaften und die ArbeitnehmerInnen erwarten, dass die Missstände auf dem Arbeitsmarkt beseitigt werden. Wir brauchen endlich den allgemei-

nen gesetzlichen Mindestlohn, eine wirksame Regulierung der Leiharbeit und mehr Mitbestimmung bei Werkverträgen. Hier liegt der Handlungsauftrag ganz klar bei der Regierung. Die Blockadepolitik der FDP hat dazu geführt, dass die letzten vier Jahre in diesen Punkten verlorene Jahre waren. Noch in diesem Jahr muss darum der allgemeine gesetzliche Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro/Stunde im Gesetzblatt stehen. Die Menschen, die davon profitieren, sind über jeden Monat froh, den der Mindestlohn früher kommt.

■ Die ArbeitnehmerInnen in Deutschland erwarten eine Politik, die Altersarmut bekämpft und für sichere Renten sorgt. Arm im Erwerbsleben und dann im Alter darf nicht die Lebensperspektive von vielen Menschen, insbesondere von Frauen, sein.

■ Wir fordern eine Politik, die Europa nicht kaputt spart, sondern die Wirtschaft ankurbelt und die sozialen Rechte der EuropäerInnen nicht aus dem Blick verliert. Es ist insbesondere die junge Generation, die eine Zukunft in ihren Heimatländern verdient. Statt einer falschen Kürzungspolitik braucht Europa ein Investitions- und Konjunkturprogramm, um die Volkswirtschaften wieder anzukurbeln. Zu einem sozialen Europa gehört auch, dass das Prinzip ‚gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort‘ in allen Rechtsakten verankert und faire Mobilität sichergestellt wird.

■ Die ArbeitnehmerInnen in Deutschland erwarten einen aktiven Staat, der handlungsfähig ist, in die Zukunft investiert und vor allem eine gerechte Steuerpolitik umsetzt. Unser Staat hat mitnichten ein Ausgaben-, sondern ein Einnahmeproblem.

Die Koalitionsverhandlungen werden spannend. Wir haben uns im Wahlkampf parteipolitisch unabhängig aufgestellt und werden diesen richtigen Kurs fortführen. Wir bewerten am Ende der Verhandlungen den Koalitionsvertrag anhand der Verbesserungen, die für die ArbeitnehmerInnen erreicht werden. Daran wird sich die neue Bundesregierung von den Gewerkschaften messen lassen müssen. ●

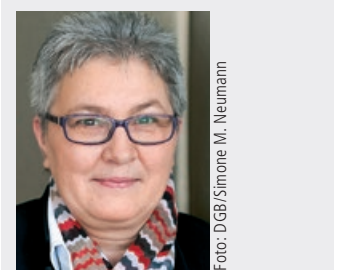


Foto: DGB/Simone M. Neumann

Elke Hannack, 52, ist seit 1. Juni stellvertretende DGB-Vorsitzende. Im geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand ist sie zuständig für Beamtenpolitik, den Öffentlichen Dienst, Frauen, Gleichstellungs- und Familienpolitik, Jugend- sowie Bildungspolitik. Hannack ist seit 1992 für den DGB und die Gewerkschaften im Einsatz. Bevor sie in den DGB-Bundesvorstand gewählt wurde, war sie von 2007 bis 2013 Mitglied im ver.di-Bundesvorstand. Elke Hannack ist zudem stellvertretende Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) und Mitglied der CDU.

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Das verkehrspolitische Herz am „richtigen“ Fleck.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Norbert Spinrath, ehem. GdP-Bundesvorsitzender, SPD, Liste Nordrhein-Westfalen (WK 28,3 %)

Martina Stamm-Fibich, freigestellte Betriebsrätin Siemens Healthcare, IG Metall, Landesliste Bayern (WK 26,3 %)

Kerstin Tack, ehem. DGB-Jugendbildungsreferentin in Hannover, SPD, direkt gewählt im Wahlkreis Hannover I mit 43,5 %

Frank Tempel, ehem. Landesvorstand

der Jungen Gruppe der GdP, Die Linke, Landesliste Thüringen (WK 24,3 %)

Franz Thönnes, ehem. Geschäftsführer IG Chemie-Papier-Keramik Hamburg (heute IG BCE), SPD, Landesliste Schleswig-Holstein (WK 35,3 %)

Alexander Ulrich, ehem. Betriebsrat Opel AG, Geschäftsführer und 2. Bevollmächtigter der IG Metall Kaiserslautern, Die Linke, Landesliste Rheinland-Pfalz (WK 7,4 %)

Gabi Weber, DGB-Regionsvorsitzende Koblenz, SPD, Landesliste Rheinland-Pfalz (WK 31,0 %)

Harald Weinberg, ehem. Regionalleiter Bayern bei der ver.di Bildung + Beratung gGmbH, DIE LINKE, Landesliste Bayern, (WK 6,2 %)

Bernd Westphal, seit 2005 IG BCE-Vorstandssekretär in Hannover (Hauptverwaltung) für Sozialpolitik, Arbeitsschutz, Betriebsverfassung, Migration/Integration und Mitbestim-

mung, SPD, Landesliste Niedersachsen (WK 41,3 %)

Heinz Peter Wichtel, ehem. Betriebsratsvorsitzender und Aufsichtsratsmitglied Fraport AG, ver.di, CDU, direkt gewählt im Wahlkreis Offenbach mit 45,5 %

Sabine Zimmermann, DGB-Regionsvorsitzende Südwestsachsen, Die Linke, Landesliste Sachsen (WK 24,6 %)

— ● KURZ & BÜNDIG —

ver.di Stefanie Nutzenberger, ver.di-Vorstandsmitglied für den Handel, fordert vom Karstadt-Konzern die Rückkehr in die Tarifbindung und einen Tarifvertrag über Standort- und Beschäftigungssicherung. Die Beschäftigten bräuchten nach der Zerschlagung des Unternehmens durch den Verkauf der Sport- und Premiumhäuser eine Zukunftsperspektive.

GEW Die GEW sieht dringenden Handlungsbedarf bei befristeten Verträgen im Bildungsbereich. Die Politik müsste diese eindämmen. Junge, hoch qualifizierte Menschen bräuchten planbare Berufsperspektiven, um sie für Tätigkeiten in Erziehung, Unterricht und Wissenschaft zu gewinnen, so die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe.

EVG Angesichts der aktuellen Personalsituation bei der Deutschen Bahn AG hat die EVG die „Fuldaer Erklärung zur Personalplanung“ verabschiedet. In dem Acht-Punkte-Papier wird gefordert, den Personalbedarf an der Arbeitsmenge zu orientieren. Überstunden müssten abgebaut, Ruhe- und Urlaubstage gewährt werden.

NGG Die NGG begrüßt die Ankündigung der vier größten Fleischkonzerne Deutschlands, mit der Gewerkschaft über die Einführung eines Mindestlohns und die Festlegung einheitlicher Sozialstandards zu verhandeln. „Endlich wird verhandelt“, so NGG-Vize Claus-Harald Güster.

BCE Die IG BCE und der Mineralölwirtschaftsverband haben sich auf eine gemeinsame Erklärung zur Zukunft der Mineralölwirtschaft in Deutschland verständigt. Darin wird die langfristige Bedeutung des Energieträgers und Rohstoffs Mineralöl für den Industriestandort hervorgehoben. Er müsse Teil des Energie-Mix der Energiewende bleiben. www.bit.ly/mineraloel

Internet Nach dem Daten-Klau bei Vodafone sieht die GdP die Unternehmen in der Pflicht, die Daten der Internet-User zu schützen. Gleichzeitig warnt sie vor dem leichtfertigen Umgang mit E-Mail-Anhängen, PIN-Nummern und Passwörtern. Datendiebe setzen auf unvorsichtige Nutzer, warnt die GdP.

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Mitreden, mitbestimmen und Einfluss nehmen.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Gerechtere Studienfinanzierung

BAföG-Reform. Nur 23 Prozent der Kinder, deren Eltern keine akademische Ausbildung haben, studieren in Deutschland. Bei den Akademiker-Familien sind es 77 Prozent. Oft entscheidet die Frage nach der Finanzierung über die Aufnahme eines Studiums. Der DGB und das Deutsche Studentenwerk (DSW) fordern daher unverzüglich eine BAföG-Reform. Zu den gemeinsamen „10 Eckpunkten für ein modernes BAföG“ gehört eine Erhöhung der Förderbeträge um zehn Prozent. „Damit Studierende aus ärmeren Familien nicht die Leidtragenden des föderalen Gegeneinanders bleiben,

muss ein verlässlicher Inflationsausgleich festgeschrieben werden“, fordert die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack. 2012 seien der durchschnittliche Förderbetrag und der Anteil der Geförderten trotz gestiegener Studierendenzahlen gesunken. Rund ein Viertel der Studierenden erhält BAföG. Von ihnen geben 80 Prozent an, sie könnten sich sonst kein Studium leisten. Insgesamt haben 61 Prozent der Studierenden einen Nebenjob, für den sie durchschnittlich sieben Stunden in der Woche aufwenden. ●

! www.dgb.de/-/Nrm

Soziale Standards

Werkverträge. Als erste Gewerkschaft hat die IG Metall Küste bei der Papenburger Meyer Werft einen bundesweit einmaligen Tarifvertrag gegen den Missbrauch von Werkverträgen abgeschlossen. Er legt einen Mindestlohn von 8,50 Euro sowie mehr Rechte für Beschäftigte und Betriebsrat fest. Die Einhaltung der vereinbarten Sozialstandards überwacht künftig eine Arbeitsgruppe von Betriebsrat und Geschäftsführung. Sie kann bei Verstößen gegebenenfalls Verträge mit Werkvertragsunternehmen auflösen. „Neu sind eine Beratung der Beschäftigten mit Werkvertrag und Informationen in ihrer Landessprache“, betont Evelyn Gerdes, Erste Bevollmächtigte der IG Metall Leer-Papenburg. ●



Foto: Mike Auerbach/attac

Unterschreiben für die Finanztransaktionssteuer: Mit einer Online-Unterschriften-Kampagne wirbt die Initiative „Steuer gegen Armut“ für die Einführung der Finanztransaktionssteuer. Das Bündnis, dem auch der DGB angehört, setzt sich seit 2009 für die Steuer ein. Mit den Mehreinnahmen soll die Armut bekämpft und der Klimaschutz gefördert werden. Mit Aktionen vor Ort wie im August in Berlin (Foto), wirbt die Initiative für ihr Anliegen.. ! www.dgb.de/-/IN4n

Mehr Geld für Leiharbeitskräfte

Deutlich mehr Lohn und eine Angleichung der Einkommen in Ost und Westdeutschland – darauf hat sich die DGB-Tarifgemeinschaft mit den Leiharbeitsgeberverbänden IGZ und BAP geeinigt. Danach soll das Entgelt vom 1. Januar 2014 an in drei Stufen um insgesamt 9,6 Prozent im Westen und 12,8 Prozent im Osten steigen. Der Mindestlohn soll im Westen auf 8,50 Euro zum 1. Januar 2014, zum 1. April 2015 auf 8,80 Euro und zum 1. Juni 2015 auf neun Euro angehoben werden. Im Osten steigt er im gleichen Zeitraum auf 8,50 Euro. Zudem

dürfen LeiharbeiterInnen nicht mehr als Streikbrecher eingesetzt werden. Ein Punkt, der für die DGB-Tarifgemeinschaft von zentraler Bedeutung war.

Zusammen mit den Branchenzuschlägen sei dies ein wichtiger Pfeiler auf dem Weg zu einer neuen Ordnung der Arbeit, erklärt DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki, Verhandlungsführer der DGB-Tarifgemeinschaft Leiharbeit. DGB und Gewerkschaften fordern weiterhin eine gesetzliche Regelung mit dem Ziel gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

! www.dgb.de/-/I3Ca

— ● TELEGRAMM —

Die Höhe der Managergehälter muss der neue Bundestag regeln. Der Bundesrat stoppte das Gesetz in seiner letzten Sitzung vor der Wahl. Für DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel war diese Entscheidung „vernünftig“, da das Gesetz die Mitbestimmung der Arbeitnehmervertretung im Aufsichtsrat „auf kaltem Wege“ ausgehebelt hätte. Der neue Bundestag müsse nun schnell eine neue Regelung finden, wie Managergehälter tatsächlich wirksam begrenzt werden können.

! www.dgb.de/-/INOX

Todesdrohungen gegen GewerkschafterInnen in Kolumbien nehmen zu. Die Internationale Gewerkschaftsunion (IUL) appelliert an die Regierung, „die Ausübung politischer Opposition“ zu gewährleisten. Sie bittet weltweit um Unterstützung ihrer Forderung. Möglichst viele Menschen sollen per Mail eine Botschaft an die Regierung senden.

! www.bit.ly/Kolumbien

Versprechen ohne Wirkung

Vor fünf Jahren ging die amerikanische Bank Lehman Brothers in die Insolvenz. Seither hat sich auf den Finanzmärkten viel bewegt – gebessert hat sich jedoch wenig.

Finanzkrise. Vollmundige Versprechen und zahlreiche Gesetzgebungsakte der Bundesregierung begleiten seit 2008 die Finanzkrise. Der DGB wartet allerdings noch immer auf durchgreifende Maßnahmen. Was bis heute fehlt: Die Einführung der Finanztransaktionssteuer ist zwar in elf EU-Ländern als notwendig erkannt worden, ihre Umsetzung verzögert sich jedoch Jahr um Jahr. Einen brauchbaren Finanz-TÜV, der VerbraucherInnen vor unseriösen und riskanten Bank-Produkten schützt, gibt es bis heute nicht. Ein funktionierender Haftungsverbund für die Privatbanken ist noch immer nicht realisiert. Steuer- und Regulierungssoasen verbuchen weiterhin beste Geschäfte. Einen erneuten Anlauf, hier stärker einzugreifen, versprachen die Regierungschefs der 20 größten Industrieländer (G20) wieder einmal auf ihrem letzten Treffen im September in St. Petersburg.

Bereits sehr schnell nach dem Ausbruch der Finanzkrise gab es Diskussionen über die Macht der Rating-Agenturen. Verändert wurde an deren Status nichts. Bis heute noch können die Urteile der drei Großen, Moody's, Standard & Poors und Fitch, Staaten, Banken und Unternehmen in den Ruin treiben. Die Gründung einer europäischen Rating-Agentur scheiterte. Und die neue EU-Verordnung, die den Einfluss der Agenturen begrenzen sollte, hat sie nach Ansicht des DGB eher noch aufgewertet. Für ihre Bewertungsfehler in der Vergangenheit wurden und werden sie nicht zur Rechenschaft gezogen.

Bereits zum dritten Jahrestag der Lehman-Pleite, 2011, mahnte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, endlich die versprochene Regulierung des Bankensektors umzusetzen. Bis heute aber gilt der Satz „too big to fail“ (zu groß, um zu scheitern) weiter. Auch ein bereits 2010 beschlossenes Abwicklungsverfahren mit dem dazu gehörenden und von den Banken finanzierten Restrukturierungsfonds hat daran nichts geändert. Nach der Theorie sollen diese zwei Instrumente sicherstellen, dass auch Banken insolvent werden können,

ohne gleich ganze Staaten mit in den Abgrund zu reißen. Dennoch wird der aus dem Steuertopf finanzierte Sonderfonds zur Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) zur Stützung kriselnder Banken weiter offen gehalten. Der DGB-Finanz- und Steuerexperte Raoul Didier schließt daraus, dass die Bundesregierung offenbar ihrem eigenen Gesetz nicht über den Weg traut. Trotzdem hätte es die Bundesregierung gerne europaweit umgesetzt.

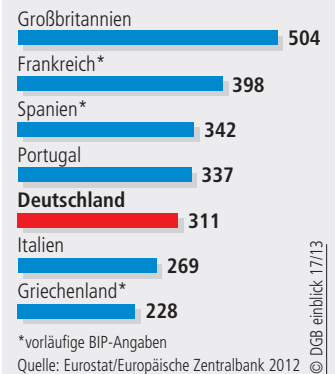
Unterdessen wachsen die Banken weiter. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank lag die Bilanzsumme der deutschen Banken zu Beginn der Finanzkrise 2008 bei knapp acht Milliarden Euro. Im vergangenen Jahr lag sie bei 8,3 Milliarden Euro. Bei den drei größten europäischen Banken, der britisch-asiatischen HSBC, der Deutschen Bank und der französischen BNP Paribas zeigt sich beim Vergleich der ersten Halbjahre von 2007 und 2012 ebenfalls ein Anstieg der Bilanzsumme. Mit dem Ergebnis: Fünf Jahre nach Lehman sind die Banken immer noch zu groß, um zu scheitern. Darüber hinaus gibt es bis heute keinen Ansatz, die hochspekulativen Geschäfte der Finanzbranche zu verhindern. So erreicht das Marktvolumen des Geschäftes mit Finanzderivaten in der Spitze den astronomischen Umfang von bis zu 700 Billionen US-Dollar.

Auch beim Verbraucherschutz hat sich nicht viel geändert. Die sogenannten „Finanzprodukte“ werden weder ausreichend überwacht noch hinreichend reguliert. Für den DGB lautet deshalb das Fazit: „Der Verbraucherschutz wird zum Wettlauf zwischen Hase und Igel. Finanzaufsicht und die Kunden haben das Nachsehen.“ Denn den „Finanz-TÜV“, wie er bereits vor fünf Jahren angedacht wurde, um eine geprüfte Zulassung der Finanzprodukte zu erreichen, hat die Branche bislang erfolgreich verhindert. Die frisch gewählte Bundesregierung hat mit Beginn der Koalitionsverhandlungen nun die Chance, die Versprechen einzulösen, die sie teilweise bereits vollmundig 2006 formuliert hat. ●

! www.dgb.de/-/NrC

Risiken für den Staat

Bilanzsumme der Banken ausgewählter europäischer Länder in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) – (Stand 2012, in Prozent)



Banken sollten, so war es einmal angedacht, in Zukunft auch in die Insolvenz gehen können, statt mit staatlicher Hilfe vor einem Bankrott gerettet zu werden. Die (aggregierten) Bilanzsummen zeigen, dass dies nicht funktionieren wird. In den ausgewählten Ländern liegen die Bilanzsummen weit über der Wirtschaftsleistung des jeweiligen Landes. Damit wären sie eben doch zu groß, um zu scheitern.

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Gemeinsame Werte & politisches Denken verbinden.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

MEHR ZUM THEMA

Krisen-Chronik

Herbst 2006: In den USA platzt die Immobilienblase. Millionen von Häusern werden zwangsversteigert.

Sommer 2007: Als erste Bank in Deutschland ist die IKB Industriebank AG von dem US-Immobiliencrash betroffen, sie erhält staatliche Hilfen.

14. September 2007: Lehman Brothers geht in die Insolvenz; in Deutschland steht die Hypo Real Estate vor dem Ruin.

November 2008: Die europäischen Finanzminister beschließen, Banken auf jeden Fall zu retten.

Dezember 2008: Die Konjunktur bricht ein. In den USA bitten die Automobilhersteller um staatliche Sanierungshilfen.

Januar 2009: Der deutschen Automobilindustrie brechen die Exporte weg. Die Regierung beschließt den „Pakt für Beschäftigung“ mit den

Konjunkturpaketen I und II. Dazu gehören die Abwrackprämie und die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes. Immer mehr Unternehmen melden Kurzarbeit an.

Frühjahr 2010: Griechenland kann seine Zahlungsverpflichtungen nicht mehr erfüllen und bittet die EU um Hilfe. Es folgen Irland und Portugal, deren Staatskassen mit der Bankenrettung überfordert waren.

Oktober 2010: In Deutschland wird das „Restrukturierungsgesetz“ verabschiedet. Es soll eine geordnete Abwicklung von Banken ermöglichen.

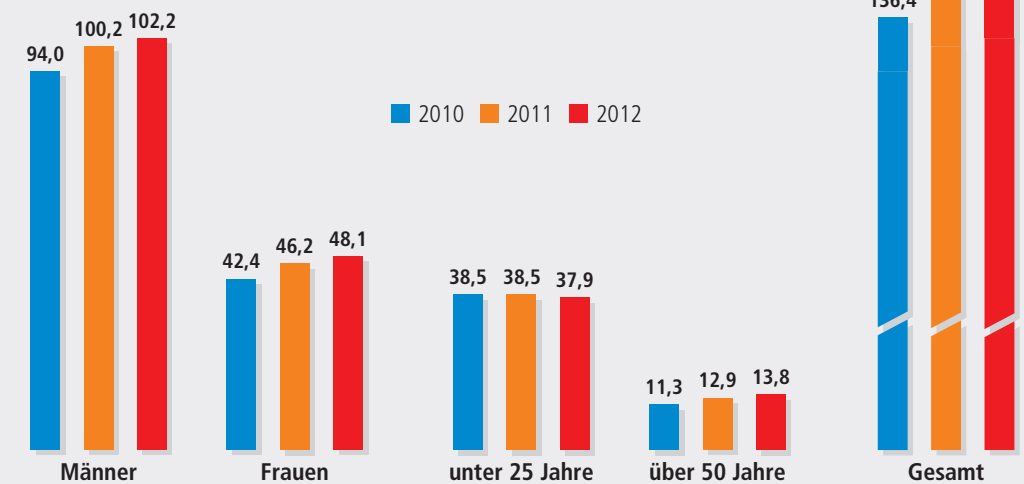
Sommer 2012: Italien und Spanien geraten finanziell immer mehr unter Druck. Die EZB verspricht finanzielle Hilfen für die Euro-Länder – ohne eine Höhe der Begrenzung vorzugeben.

● DIE DGB-GRAFIK

Im Jahr 2012 sind rund eine Million Sanktionen gegen Hartz-IV-BezieherInnen erlassen worden. Hauptgrund waren in den meisten Fällen Meldeversäumnisse. Das zeigt eine DGB-Analyse. Besonders Männer und Menschen unter 25 Jahren waren betroffen. Der DGB fordert, die Sanktionen grundlegend zu überarbeiten. So sollen MitarbeiterInnen in Jobcentern größeren Entscheidungsspielraum erhalten. Zum Beispiel, indem sie positive Anreize mit „Durchhalte- oder Erfolgsprämien“ bei Eingliederungsmaßnahmen setzen können. www.dgb.de/INrD

Hartz IV: Sanktionen treffen vor allem Männer und unter 25-Jährige

Erwerbsfähige Hartz IV-BezieherInnen mit mindestens einer Sanktion (in Tausend)



Quelle: DGB „Arbeitsmarkt aktuell“ September 2013

© DGB einblick 17/13

● PERSONALIEN

Die stellvertretende NGG-Vorsitzende **Michaela Rosenberger**, 53, wird auf dem Gewerkschaftstag der NGG (11. bis 14. November) in Berlin als Vorsitzende kandidieren. Das hat der NGG-Hauptvorstand beschlossen. Zur Wiederwahl als stellvertretender NGG-Vorsitzender tritt **Claus-Harald Güster**, 53, an. Ein weiterer stellvertretender Vorsitzender wird noch gesucht. Der jetzige Vorsitzende **Franz-Josef Möllenberg**, 60, hatte im März 2013 erklärt, nach 20-jähriger Amtszeit nicht wieder zur Wahl anzutreten.

● VERANSTALTUNG

DGB und Gewerkschaften rufen am 11. Oktober zum „**Tag der betrieblichen Entgeltgleichheit**“ auf. So wollen sie Betriebs- und Personalräte, Unternehmer und Beschäftigte in den Betrieben auf die Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern hinweisen. Unter anderem sollen Entgeltanalysen zeigen, wo es Differenzen bei der Bezahlung gibt. So setzt ver.di in zwei Betrieben das Prüfinstrument eg-check ein, um Differenzen zu ermitteln. Die IG Metall wird im Rahmen der Initiative „Auf geht’s – faires Entgelt für Frauen“

ENTGELTGLEICHHEIT IM BETRIEB



präsent sein. Die Gewerkschaften wollen auf die vielen kleinen Schritte hinweisen, die nötig sind, um gleiche Bezahlung von Frauen und Männern durchzusetzen. Hierzu gehören unter anderem eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ein Ausbau der Kinderbetreuung und eine soziale Absicherung aller Arbeitsverhältnisse ab der ersten Stunde.

IMPRESSUM

einblick erscheint vierzehntäglich

Herausgeber: DGB Verlag: Graewis Verlag GmbH

GeschäftsführerInnen: Anne Graef, Dr. Peter Wilke Redaktion: Anne Graef (verantw.), Lena Clausen, Sebastian Henneke

Redaktionelle Mitarbeit: Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma

Redaktionsanschrift: Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info

Anzeigen: Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de

Layout und Infografik: Klaus Niesen Druck und Vertrieb: PrintNetwork Berlin

Abonnements: Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

HINWEIS: Anzeigeninhalte im einblick geben nicht die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

● TERMINE

6.10.

DGB Sachsen, Arbeit und Leben Sachsen, Verein „jobben ohne mobben“, „2. Dresdner Werteforum – für berufliche und unternehmerische Perspektiven“ anlässlich des Welttages für menschenwürdige Arbeit, Dresden

7.10.

6. Welttag für menschenwürdige Arbeit

7.10.

DGB und Friedrich-Ebert-Stiftung, „Internationale Mindestlohnkonferenz zum Welttag für menschenwürdige Arbeit“, Berlin

9.-12.10.

GEW, „7. GEW-Wissenschaftskonferenz“, Berlin

11.10.

DGB, Aktion „Tag der betrieblichen Entgeltgleichheit: Die Lücke schließen!“

11.10.

Hans-Böckler-Stiftung, Universität Hamburg, Fachtagung „Das Recht der Internationalen Arbeitsorganisation – als aktueller Bezugspunkt in Deutschland und Europa“, Hamburg

11.10.

Hans-Böckler-Stiftung, ver.di, INEP Institut Oldenburg, Fachtagung „Die soziale Seite der Energiewende gestalten – Kooperation zwischen Gewerkschaften und Zivilgesellschaft“, Walsrode

13.-18.10.

IG BCE, 5. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG BCE, Hannover

21./22.10.

ver.di, Workshop „Werkstatt zur Guten Arbeit“, Berlin

22.10.

DGB, Workshop „Krisenerfahrung und Politikvertrauen im Betrieb“, Berlin

● SCHLUSSPUNKT

„Ein Betriebsrat wäre ein Verlust an Meinungsvielfalt. Denn dann könnte nicht mehr jeder sagen, was ihm nicht passt.“

So erklärt Frank Kohl-Boas, Personalleiter von Google Deutschland, in der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 19. September sein Verständnis von Mitbestimmung.

Gesetzlich Unfallversicherung

Kein Schutz bei Verlassen des Weges

Wird der Weg zu oder von der Arbeitsstätte durch eine private Besorgung mehr als geringfügig unterbrochen, besteht während der Unterbrechung kein Versicherungsschutz.

Der Fall: Der Arbeitnehmer wollte auf dem Heimweg von der Arbeit links in ein Privatgrundstück einbiegen, um dort Erdbeeren zu kaufen. Aufgrund des Gegenverkehrs musste er bis zum Stillstand abbremsten. Nach wenigen Sekunden fuhr die Unfallverursacherin ungebremst auf seinen Pkw auf. Die Fahrerin gab an, sie habe versucht, zu bremsen, die Kollision aber nicht vermeiden können. Der bei dem Auffahrunfall leicht verletzte Arbeitnehmer erlitt eine Stauchung und Zerrung der Halswirbelsäule und war eine Woche arbeitsunfähig. Die Berufsgenossenschaft lehnte die Anerkennung als Arbeitsunfall ab. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Bundessozialgericht: Die durch den Auffahrunfall verursachten gesundheitlichen Einwirkungen auf den Körper begründeten keinen Arbeitsunfall, weil sie nicht „infolge“ des Zurücklegens des versicherten Wegs auftraten. Der Arbeitnehmer handelte ausschließlich aus dem privatwirtschaftlichen Beweggrund, Erdbeeren zu kaufen. Diese Absicht schlug sich unmittelbar im vollständigen Abbremsen des Fahrzeugs nieder. Das Kaufen der Erdbeeren stand als rein privatwirtschaftliche Handlung nicht unter dem Schutz der Wegeunfallversicherung. Begonnen hat der Arbeitnehmer mit dieser Handlung in dem Moment, in dem er seine Absicht in ein von außen erkennbares „objektives“ Handeln umgesetzt hat. Damit war die rein private Handlung in Gang gesetzt.

**Bundessozialgericht,
Urteil vom 4. Juli 2013 - B 2 U 3/13 R**

Gesetzliche Unfallversicherung

Private Ursache ohne Schutz

Eine Gewalttat auf dem Weg zur Arbeit, die keinen Bezug zur Arbeit aufweist, kann nicht als Arbeitsunfall anerkannt werden.

Der Fall: Die Angestellte hatte 1993 einen Mann kennengelernt, der nach einer mehrjährigen Freiheitsstrafe erneut Kontakt zu ihr aufnehmen wollte. Die Frau lehnte aber eine Fortsetzung der Beziehung ab. Eines Tages reiste der Mann zum Wohnort der Frau, um nochmals mit ihr zu sprechen. Als die Frau das Haus verließ und die Garage betrat, überwältigte sie der Mann, fesselte sie und vergewaltigte sie schließlich in ihrem Kraftfahrzeug. Die Frau begehrte die Anerkennung der Gewalttat als Arbeitsunfall, sie hätte sich auf dem Weg zur Arbeit befunden. Mit ihrer Klage hatte sie keinen Erfolg.

Das Bundessozialgericht: Die Gefahr, aufgrund eigener privater Beziehungen, Kontakte oder sonstiger aus dem persönlichen Bereich stammender Umstände Opfer eines Überfalls (unabhängig vom Ort der Tat) zu werden, fällt nicht in den Schutzbereich der Wegeunfallversicherung. Die persönliche Beziehung zwischen der Frau und dem Täter war sowohl für den Ort als auch für den Zeitpunkt und die Art und Weise des Überfalls prägend. Das Opfer selbst hat ausgeführt, dass dem Täter aufgrund der in der Vergangenheit bestehenden Kontakte die örtlichen Gegebenheiten, der Zeitpunkt und die Umstände des Antritts des Weges zur Arbeitsstätte bekannt waren. Auch der Grund und die konkrete Art des Angriffs waren durch die Besonderheit der privaten Kontakte des Täters zur Frau wesentlich bedingt.

**Bundessozialgericht,
Urteil vom 18. Juni 2013 - B 2 U 10/12 R**

Elterngeld

Im Gefängnis kein Anspruch

Anspruch auf Elterngeld hat nur, wer mit Kind in einem Haushalt lebt. Einer Mutter, die mit Kind in einer Mutter-Kind-Einrichtung des geschlossenen Strafvollzuges untergebracht ist, steht kein Elterngeld zu. Denn sie lebt nicht in einem Haushalt, wie ihn das Gesetz verlangt. Ein derartiger Haushalt setzt eine häusliche, wohnungsmäßige, familienhafte Wirtschaftsführung voraus. Die Justizvollzugsanstalt als öffentliche Einrichtung ist aber kein Haushalt in diesem Sinne.

**Bundessozialgericht,
Urteil vom 4. September 2013 - B 10 EG 4/12 R**

Reha

Krankenkasse bestimmt Einrichtung

Wenn die Krankenkasse stationäre medizinische Rehabilitationsmaßnahmen (Reha) bewilligt, bestimmt sie die Reha-Einrichtung. Das geschieht nach pflichtgemäßem Ermessen unter Berücksichtigung der medizinischen Erfordernisse und des Wirtschaftlichkeitsgebots. Wählen Versicherte eine teurere als die von der Krankenkasse rechtmäßig bestimmte Vertragseinrichtung, können sie weder volle noch teilweise Kostenerstattung beanspruchen.

**Bundessozialgericht,
Urteil vom 7. Mai 2013 - B 1 KR 12/12 R**

Sozialleistungen

Nicht für schulische Zwecke

Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien haben Anspruch auf Übernahme der Kosten für einen Bedarf zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft. Diese Unterstützung wird nur gezahlt, wenn es sich um eine außerschulische Veranstaltung handelt. Wird eine Leihgebühr für ein Musikinstrument erhoben, das nur für schulische Zwecke eingesetzt wird, so hat der Schüler keinen Anspruch auf Kostenerstattung.

**Bundessozialgericht,
Urteil vom 10. September 2013 - B 4 AS 12/13 R**

Facebook

Betriebsrat hat nicht mitzubestimmen

Weist der Arbeitgeber seine Mitarbeiter darauf hin, der Unternehmensseite auf Facebook folgen zu können, so löst diese Aufforderung keine Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats aus. Der reine Betrieb einer Facebook-Seite enthält keine Regelungen zum Verhalten der Beschäftigten mit- und zueinander.

**Arbeitsgericht Düsseldorf,
Beschluss vom 21. Juni 2013 - 14 BVGa 16/13**

Versetzungen

Auswahl darf nicht willkürlich sein

Will ein Arbeitgeber Beschäftigte aus dienstlichen Gründen versetzen, so hat er bei der Auswahl die Grundsätze billigen Ermessens zu beachten. Eine Auswahl, die nur Beschäftigte einbezieht, die vorher befristete Arbeitsverträge hatten, ist unzulässig.

**Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 10. Juli 2013 - 10 AZR 915/12**